

Gewerkschaft der Polizei



top@ktuell

Wiesbaden, 14. Feb. 2007

GdP-DEMO BEIM POLIZEIEMPFANG in Baunatal

GdP prangert verfehlte Personalpolitik an!

Innenminister bezeichnet Polizeigewerkschafter als Krawallmacher!



Es ist höchste Zeit, auf die verfehlte Personalpolitik der CDU-Landesregierung hinzuweisen. Seit Ministerpräsident Roland Koch aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) ausgetreten ist und Tarifverhandlungen in Hessen kein Thema mehr sind, wird die Stimmung bei den Landesbeschäftigten immer schlechter. Hinzu kommt noch, dass die Wochenarbeitszeit der Beamten/-innen auf bis zu 42 Stunden erhöht wurde. Tarifbeschäftigte die ent-

weder neu eingestellt werden oder deren Arbeitsvertrag sich ändert, müssen dies ebenfalls zwingend akzeptieren. Die Arbeitszeiterhöhung ohne Lohn-/Gehaltsausgleich und die sonstigen Streichungen bedeuten ein sattes Minus von 17 Prozent im Portemonnaie des Arbeitnehmers.

Bedenkt man, dass im gleichen Umfang Arbeitszeit erhöht wie Stellen in der Landesverwaltung gestrichen wurden, kann man sich ausmalen, welche Lücken die Personalstreichungen hinterlassen haben bzw. werden! Diese Personalreduzierung und viele zusätzliche Sonderaufgaben wie Landesaktions- und Kontrolltage belasten die Beschäftigten um so mehr, da jeder Einzelne dadurch deutlich mehr Tage zusätzlich Dienst versieht. Hinzu kommen Großereignisse wie die Fußballweltmeisterschaft, die Sicherheitskonferenz in München, der Bush-Besuch oder der bevorstehende G-8-Gipfel in Heiligendamm, die unzähligen Einsatzstunden bedeuten und den Überstundenberg immens anwachsen lassen.

Aber auch die normale Alltagsarbeit auf den Heimatdienststellen belastet die Polizeibeschäftigten immer mehr. Neue Kriminalitätsformen, wie die Computer- und Betrugskriminalität, Aufmärsche von rechten und linken Gruppierungen und viele Präventionsprojekte, die mit Le-

ben gefüllt werden müssen, zehren an den Kräften der Beschäftigten. Gleichzeitig sind auf den Revieren, Stationen und Kommissariaten immer weniger Polizeibeschäftigte vorhanden. Dass die Polizeibeschäftigten bereit sind, die Einsatzlagen wie die Fußballweltmeisterschaft zu bewältigen, ist selbstverständlich. Aber die dadurch entstehenden abertausenden Überstunden, müssen den Beschäftigten finanziell vergütet werden, da der Freizeitausgleich fast unmöglich geworden ist. Zusätzliche Haushaltsmittel müssen also bereitgestellt werden.

Unter den o.g. Rahmenbedingungen ist den Polizeibeschäftigten die Lust auf wohlklingende Worte beim Polizeiempfang vergangen. Immer mehr Kollegen/-innen wollen dem Empfang fernbleiben, um so ihren Protest gegen die verfehlte Personalpolitik der Landesregierung zu zeigen. In einem solchen Stadium ist es für eine Gewerkschaft geboten, den stillen Protest der Beschäftigten in die Öffentlichkeit zu bringen. Nur so kann man dieser Landesregierung ihre verfehlte Personalpolitik bewusst machen.



Rund 400 Polizeibeschäftigte, die von einer kleinen Abordnung anderer DGB-Gewerkschaften unterstützt wurden, kamen nach Baunatal, um Innenminister Bouffier und Ministerpräsidenten Roland Koch zu zeigen, dass ihre Personalpolitik keinen Zuspruch bei den Beschäftigten findet und man keine Lust auf markige Lobeshymnen hat.

Erstaunt waren viele Gewerkschafter darüber, dass der Kasseler Polizeipräsident ein Großaufgebot an Polizeikräften an der Stadthalle in Baunatal eingesetzt hatte, um gegen mögliche Ausschreitungen der „Krawallmacher“, wie Innenminister Bouffier die demonstrierenden Gewerkschafter bezeichnete, gewappnet zu sein. Auch die im Rathaus aufgestellte Videokamera überraschte ob der Aufgeregtheiten im Vorfeld der GdP-Demo niemanden mehr.



Hauptredner in Baunatal war GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller. Er machte deutlich, dass sich die GdP in ihrer fast 60jährigen Geschichte immer dann in der Öffentlichkeit kritisch geäußert hat, wenn dies geboten war.

Von den Polizeibeschäftigten wird immer mehr abverlangt; Überstunden sind an der Tagesordnung und die dadurch bestehenden Belastungen in den Familien lassen immer mehr „Schutzmanns-Ehen“ zerbrechen.

Die Landtagswahlen sind nicht mehr allzu weit – man spürt es nicht nur bei diesem Polizeiempfang, sondern schon seit den letzten Wochen und Monaten. Da werden im Lande Hessen, so auch jüngst in Kassel, neue Streifenwagen auf Marktplätzen mit mächtigen Show- und Medienrummel präsentiert und man suggeriert den Bürgerinnen und Bürgern, bei der Polizei sei alles bestens.

Bei unserer Personalknappheit ist es schon ein starkes Stück, nach meiner Auffassung auch ein Missbrauch, wenn Polizisten während ihrer Dienstzeit Streifenwagen zu Medienschauplätzen fahren, dort für Wahlkampfzwecke Parade stehen und anschließend die Streifenwagen wieder zurückbringen.

In dieser Zeit hätten unsere Kolleginnen und Kollegen sicherlich besseres zu tun, nämlich Dienstleistung am Bürger, anstatt für die Parteipolitik zu repräsentieren, stellte Bruchmüller unter tosendem Beifall der Gewerkschafter fest.

Die Krönung ist allerdings, wenn man das bloße Tagesgeschäft, die Ersatzbeschaffung von Autos und Computern, weil sie eben in die Jahre gekommen sind, als zusätzliche finanzielle Leistung und als etwas Besonderes darstellt. Offensichtlich glauben unsere Politiker, wir könnten keine Haushaltspläne lesen. Jedes Jahr werden dem Personalhaushalt ca. 30–40 Millionen Euro entzogen und teilweise dem Sachhaushalt zugeführt, damit unser Fuhrpark nicht veraltet.

Also kein zusätzliches Geld für Technik, sondern Technik statt Personal heißt die relativ flache Formel. Auch im Polizeihaushalt 2007 wird gleich einmal eine 3,1 Mio. Euro-Rate abgezogen für gepumptes Geld von Dienstfahrzeugen aus dem Topf der Zukunftsoffensive Hessen.

Durch die „Operation sichere Zukunft“ gingen und gehen rund 1.000 Stellen bei der Polizei verloren. Viele Stellen sind unterwertig besetzt. Die Folge ist uns allen bekannt: zwei Millionen Überstunden, Arbeitsverdichtung, Demotivation, schlechte Betriebsklima und keine Zeit mehr für unsere Bürger, d.h. längere Wartezeiten bei der Verkehrsunfallaufnahme und bei der Anzeigenerstattung.

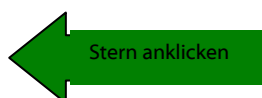
Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben einen Anspruch auf ausreichend Sicherheit, und dies kann nur durch eine professionelle und gut ausgebildete Polizeifunktionieren.

Wann werden einige Politiker begreifen, dass Innere Sicherheit, genauso wie Bildung keine billige Ware ist, die man betriebswirtschaftlichen Maßstäben rigoros unterwirft. Wir haben durchaus verstanden, dass die öffentliche Haushaltslage nicht zum Besten bestellt ist. Auch wir haben unseren Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte seit Jahren geleistet, vielleicht mehr als viele andere.

Statt einer leistungsgerechten Anhebung in der Besoldung wurde unseren Beamtinnen und Beamten ein beschämendes Almosen einer Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro verordnet.

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen keine Politik, durch die Beamte gegen Tarifbeschäftigte auf diese schäbige Art und Weise ausgespielt werden“, forderte Jörg Bruchmüller. Wir wollen faire Verhandlungen für gerechte Arbeitsbedingungen und gerechten Lohn und gerechtes Gehalt. Wir wollen endlich einen Stellenplan, der zukunftsorientiert ist und einer leistungsgerechten und modernen Struktur mit entsprechenden Stellenplanobergrenzen gerecht wird. Wir wollen ausreichend qualifiziertes Personal und keine Laientruppe für sieben Euro. Nicht mehr und nicht weniger!

Jörg Bruchmüller fordert die Polizist und Polizisten auf: „Sprecht mit den Bürgerinnen und Bürgern. Sprecht mit den Politikerinnen und Politikern, denn Wahltag ist Zahltag!“



zur Solidaritätsadresse des GdP-Bundesvorstandes
an die demonstrierenden
Kolleginnen und Kollegen im hessischen Baunatal

Jetzt erst recht

Was hat Landespolizeipräsident Norbert Nedela eigentlich für ein Bild von den nordhessischen Polizisten? Diese Frage muss man sich stellen, wenn man seine Ansprache an die Mitarbeiter liest. Er schreibt, dass das Ansehen der Polizei Schaden nimmt, wenn Polizisten eine Veranstaltung vor ihren eigenen Kollegen schützen müssen. Nedela geht offenbar davon aus, dass Polizisten, die sich zur Teilnahme an der heutigen Demo entschieden haben, auf ihre Kollegen losgehen. Das kann niemand ernsthaft glauben.

Es ist legitim, darüber zu streiten, ob eine Ehrung für die Arbeit der Polizei als Anlass für eine Demonstration der Polizeigewerkschaft genommen werden soll. Natürlich ist es für Ministerpräsident Roland Koch und Innenminister Volker Bouffier angenehmer, bei einer Veranstaltung aufzutreten, bei der es nur schöne Worte und keinen Protest gibt. Die Realität sieht aber anders aus.

Der Landespolizeipräsident und damit auch die Landesregierung haben sich mit dem Schreiben einen Bärendienst erwiesen. Es ist davon auszugehen, dass jene Polizisten, die sich bislang noch nicht sicher waren, ob sie heute auch demonstrieren, jetzt erst recht auf die Straße gehen.

Und noch etwas: Das Gros der Bürger wird dafür Verständnis haben. Wir brauchen und wollen eine selbstbewusste Polizei. Und die braucht keine Ermahnung, auf ihre demokratischen Grundrechte zu verzichten.

Ulrike Pflüger-Scherb über den Brief des Landespolizeipräsidenten, HNA 13. Februar 2007